



Betreff:
Report des Beauftragten für Menschen mit Behinderung

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum	22.04.2015
Eingang 922:	22.04.2015

Einreicher: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

06.05.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Report 2015 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Büro für
Chancengleichheit
und Vielfalt

REPORT DES
BEAUFTRAGTEN FÜR MENSCHEN
MIT BEHINDERUNG

2015

Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt...

Potsdam
CHANCENGLEICHHEIT

Report des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Stadtverordnetenversammlung am 06. Mai 2015.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete!

Seit mehr als anderthalb Jahren bin ich im Amt des Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Daher ist es nun Zeit für den ersten Report, in dem ich auf die besonderen, aktuellen Schwerpunkte in der Themenvielfalt der Inklusion in unserer Landeshauptstadt aufmerksam machen möchte.

Meinen Report fokussiere ich auf vier Themen.

Diese sind:

- Mehr Achtsamkeit in der Diskussion zu Inklusion,
- Flüchtlinge mit Behinderung,
- Umsetzung des Teilhabeplanes der Landeshauptstadt Potsdam,
- Barrierefreie Kommunikation.

Mehr Achtsamkeit in der Diskussion zu Inklusion

“Es ist normal, verschieden zu sein.” Das sagte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1993. Damit hat er vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen und Mut gemacht, Behindertenfeindlichkeit und Stigmatisierung in Deutschland zu überwinden und uns immer wieder für ein Klima von Toleranz und Akzeptanz einzusetzen. Genau diesen Appell hatte auch der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, der gestern mit dem Straßenfest in der Brandenburger Straße gelebt wurde.

In der Landeshauptstadt Potsdam leben mit steigender Tendenz etwa 21.400 Menschen mit Behinderung¹. Davon sind etwa 15.500 schwerbehindert – das sind etwa 13 % bzw. etwa 10 % der Gesamtbevölkerung Potsdam. Mit einer Behinderung geboren werden die wenigsten von ihnen. Die meisten haben die Behinderung im

¹ Stand 2013

Laufe des Lebens, zum Beispiel durch Erkrankung, im Alter oder einen Unfall, erfahren müssen. Angesichts des demografischen Wandels und steigender Lebenserwartung gehe ich davon aus, dass die Zahl der Menschen mit Behinderung auch in Zukunft in der Landeshauptstadt Potsdam weiter ansteigen wird. Umso wichtiger ist es, bei Entscheidungen der Landeshauptstadt Potsdam den Inklusions- und Vielfaltsgedanke zu berücksichtigen.

In Deutschland ist es heute noch immer nicht selbstverständlich, dass Kinder mit einer Behinderung in die gleiche Schule gehen können wie die Geschwister oder Spielgefährten ohne Behinderung, Jugendliche mit Behinderung einen Beruf erlernen oder ein Studium aufnehmen können, oder auch Erwachsene mit Behinderung eine Familie gründen können. Im Rückblick auf unsere deutsche Geschichte sollte Vielfalt und Anderssein jedoch längst zur gelebten Normalität in Deutschland gehören.

Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat sich Deutschland gesetzlich verpflichtet, die Selbstbestimmung, die Teilhabe und die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung umzusetzen. Die Menschenrechte sind damit vollständiger geworden. Papier ist leider geduldig. Wir können in Gesetze und Aktionspläne schreiben was wir wollen, solange wir in der Bevölkerung teilweise Vorbehalte vorfinden, die dem Papier widersprechen. Diese Barrieren in den Köpfen müssen wir auch heute noch durchbrechen. Dazu braucht es auch Ihr Engagement.

Die Würde des Menschen - egal ob behindert oder nicht - ist unantastbar und unteilbar. Menschen mit Behinderung haben die gleichen Erwartungen und Wünsche auf ein erfülltes, glückliches und selbstbestimmtes Leben wie alle anderen Menschen auch. Eine Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein und in der Vielfalt als Selbstverständlichkeit gelebt wird, ist gut für unsere Landeshauptstadt.

Die teilweise verkürzte Debatte um Inklusion auf deren finanziellen Auswirkungen beschädigt die Würde der Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen. Die Umsetzung der Grundrechte von Menschen darf nicht unter Kostenvorbehalt stehen. Menschen mit Behinderung bereichern unsere Stadt. Ich fordere deshalb von allen mehr Achtsamkeit ein. Es ist letztlich eine Haltungsfrage, ob der Mensch im

Mittelpunkt steht oder ob die vermeintlich durch ihn verursachten Kosten die Diskussion bestimmen.

Flüchtlinge mit Behinderung

Vor dem Hintergrund der zahlreichen internationalen Krisenherde nimmt auch die Zahl von Flüchtlingen mit Behinderung im Land Brandenburg und in der Landeshauptstadt Potsdam stark zu. Behinderte Flüchtlinge sind nach EU-Recht² „besonders schutzbedürftig“. In der Landeshauptstadt Potsdam werden Flüchtlinge mit Behinderung vorrangig in den Unterkünften „An der Alten Zauche“ und in der „Grotrianstraße“ untergebracht.

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein breites medizinisches, therapeutisches und pädagogisches Netz für Menschen mit Behinderung. Zu nennen sind als Beispiele das Oberlinhaus, Ernst-von-Bergmann Klinikum (SPZ), Frühförderstellen, Pflegedienste, I-Kitas und Selbsthilfegruppen usw. Darüber hinaus gibt es eine barrierefreie Infrastruktur (ÖPNV etc.) auf die Flüchtlinge mit Behinderung angewiesen sind, um sich hier zu integrieren (Sprachförderung etc.) und auch am Gemeinschaftsleben teilzuhaben. Deswegen sollte es das Ziel sein, dass insbesondere Flüchtlinge mit Behinderung der Landeshauptstadt Potsdam zugewiesen werden.

Die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderung führt aufgrund von Sonderbedarfen (Hilfsmittel wie Rollstühle, Assistenz, Pflege etc.) und auch medizinisch notwendiger Eingriffe bzw. Operationen zu vergleichsweise höheren Kosten für die Landeshauptstadt. Die Erstattungspauschale für Flüchtlinge des Landes Brandenburg deckt die genannten Kosten zurzeit nicht ab.

Ich bitte Sie daher: Nutzen Sie Ihre Verbindungen und Ihren Einfluss auf die Landespolitik und setzen Sie sich für eine entsprechende Modifizierung der Landesfinanzierung ein, die sich auch an den Bedarfen der Flüchtlinge mit Behinderung orientiert. So könnten mehr Flüchtlinge mit Behinderung von der guten Versorgungslandschaft in der Landeshauptstadt Potsdam profitieren.

² EU-Richtlinie 2013/33/EU Artikel 19 Abs. 2; alt: 2003/9/EG Artikel 15 Abs. 2

Unabhängig von der Erhöhung der Pauschale kommen heute und zukünftig Flüchtlinge mit Behinderung in die Landeshauptstadt. Bis heute konnte allen Flüchtlingen mit Behinderungen, die auf eine barrierefreie Unterbringung angewiesen waren, entsprechender Wohnraum angeboten werden.

Damit dies auch zukünftig so bleibt und Familien mit behinderten Kindern, Erwachsene mit Behinderung sowie pflegebedürftige, ältere Personen, die als Flüchtlinge nach Potsdam kommen, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe leben können, ist bei zukünftigen Flüchtlingsunterkünften auf die Barrierefreiheit im Sinne der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) zu achten.

Umsetzung des Teilhabeplanes der Landeshauptstadt Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam hat mit dem Teilhabeplan 'Teilhabe für alle' Ideen entwickelt, wie die Stadt in Zukunft gestaltet sein soll, damit Menschen mit Behinderung selbstverständlich von Anfang an Teil der Potsdamer Gemeinschaft sind. 180 Maßnahmen wurden in einem inklusiven Werkstattverfahren erarbeitet. Im nächsten Schritt hat die Landeshauptstadt Potsdam diese Maßnahmen durch ein Bewertungsverfahren, an dem die Beiräte, Politik und Verwaltung mitgewirkt haben, priorisiert. Ein wichtiges Ergebnis: schon viele Maßnahmen werden bereits umgesetzt. Daran wollen wir anknüpfen und auch die restlichen Punkte angehen. Für ihre bisherige und zukünftige Mitarbeit in diesem inklusiven Prozess möchte ich heute allen meinen Dank aussprechen.

Bei grundsätzlichen Maßnahmen wie zum Beispiel, mehr Menschen mit Behinderung auf den 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln, ist die Landeshauptstadt Potsdam auch von nicht öffentlichen Firmen und Trägern abhängig. Es müssen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Menschen mit Behinderung ihren Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten können und in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt frei wählen und annehmen können. Größere Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam sind aufgefordert, Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu entwickeln und diese konsequent im Sinne einer verstärkten und barrierefreien Beschäftigung behinderter Menschen umzusetzen. Ziel muss es sein, dass die

Beschäftigung behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt selbstverständlich wird und diese ihre Potentiale angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt einbringen können.

Daher auch hier meine Bitte: Werben Sie in Ihren beruflichen Netzwerken für die Erstellung von Aktionsplänen und für die Einstellung von Menschen mit Behinderung.

Barrierefreie Kommunikation

Leicht verständliche und barrierefrei zugängliche Informationsmaterialien, Antragsformulare und Bescheide erleichtern Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben. Sie sind darüber hinaus eine Serviceleistung für alle Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Potsdam. Unsere Verwaltung ist dienstleistend für die Bürgerinnen und Bürger da und muss daher für alle auch verständlich sein.

Zum Beispiel könnte durch leicht verständliche Sprache sogar der Aufwand in der Verwaltung reduziert werden, weil klare Verständlichkeit weniger Missverständnisse und Nachfragen provoziert. Auch über einfach verständliche Sprache hinaus ist die Landeshauptstadt Potsdam aufgefordert, in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern behinderungsbedingte Belange zu beachten. Menschen mit Lernschwierigkeiten benötigen beispielsweise wichtige Informationen, Formulare und Bescheide auch in ‚Leichter Sprache‘ oder Menschen mit Sehbehinderung benötigen barrierefreie PDF-Dateien für computerunterstützte Sprachprogramme, um selbstbestimmt und rechtssicher mit der Verwaltung kommunizieren oder sich informieren zu können.

In einer Arbeitsgruppe soll nun ausgelotet werden, in wieweit ‚Leichte Sprache‘ auch in Briefen, Bescheiden usw. seitens der Verwaltung Anwendung finden kann. Auch wird dieses Jahr zum ersten Mal ein Fortbildungsangebot zur ‚Leichten Sprache‘ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung angeboten. Darüber hinaus soll der Internetauftritt der Landeshauptstadt Potsdam teilweise in ‚Leichte Sprache‘ übersetzt werden. Dies sind erste wichtige Schritte, um den Prozess der barrierefreien Kommunikation in der Stadtverwaltung weiter voranzubringen.

Aber nicht nur die Verwaltung sollte leicht verständlich sein. Auch die Stadtpolitik richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Daher sollte auch dort darauf geachtet werden, dass Anträge, Entscheidungen etc. der Stadtverordnetenversammlung und Wahlprogramme oder Information der verschiedenen Parteien bzw. Wählergruppen für alle Bürgerinnen und Bürger leicht verständlich und nachvollziehbar sind. Um dies zu realisieren, braucht es auch Ihr Engagement und Ihren Willen.

Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Seit August 2014 ist der neue Beirat für Menschen mit Behinderung im Amt. Als Vorsitzende des Beirates wurde Nicole Einbeck gewählt, die an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und verschiedenen Ausschüsse teilnimmt. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, ihr und ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern vom Beirat für ihr ehrenamtliches Engagement zu danken. Für meine Arbeit ist ein regelmäßiger, vertrauensvoller Austausch mit betroffenen Expertinnen und Experten in eigener Sache wichtig. Wir werden uns weiterhin gemeinsam für eine vielfältige, bunte Zukunft engagieren.

Auch möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei der Verwaltung zu bedanken, die dem Beirat zukünftig einen Büroraum sowie Unterstützung für den Büroalltag zur Verfügung stellt. Beides schafft Freiräume für das wichtige Engagement des Beirates.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kann nur gelingen, wenn Menschen mit Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache von Anfang an den Prozess der Umsetzung mitgestalten. Nutzen Sie für Ihre Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung die Potentiale, Ressourcen und das Engagement des Beirates im Sinne des Leitsatzes „Nicht über uns – ohne uns!“.

Zum Schluss: Blick in die Zukunft

Als Beauftragter für Menschen mit Behinderung bin ich fest davon überzeugt: Selbstbestimmtes Leben und umfassende Teilhabe aller Menschen die in unserer Landeshauptstadt Potsdam leben, wird gelingen, nicht von heute auf morgen, aber Tag für Tag ein Stück auf dem Weg zu einer Gesellschaft für alle.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür handeln, dass der Weg dorthin so kurz wie möglich ist.

Vielen Dank.